

Krise ja, Katastrophe nein!



Dr. Martin Grundmann (M.) im Gespräch mit Uwe Schmitz, Astrid Damerow, Peter Martensen und dem Landesgeschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrates, Dr. Bertram Zitscher (v.l.n.r.). Foto: Klein

Husum/NF (hk) – Flüchtlinge seien »ein globales Thema, das sich aber immer vor Ort abspielt«, führte Dr. Martin Grundmann in die jüngste Runde des nordfriesischen CDU-Wirtschaftsrates ein, bei der schnell klar wurde, dass »vor der Kür« (der Integration in den Arbeitsmarkt) noch jede Menge Pflichten zu bewältigen sind. So zunächst einmal die Aufgabe, alle hier Ankommenden »warm, sicher und trocken« unterzubringen.

»Noch fügt sich alles ganz gut ins Stadtbild ein«, verwies Husums Bürgermeister Uwe Schmitz auf die bisher mögliche dezentrale Unterbringung. Aber angesichts der Prognose plane die Stadt »sehr konkret eine Gemeinschaftsunterkunft für 25 bis 26 Personen.« Das bedeute aber auch, ein Sicherheits- und Betreuungskonzept zu entwickeln.

»Das Thema Flüchtlinge

hat etwas Krisenhaftes«, bestätigte der Integrationsbeauftragte des Kreises, Peter Martensen, »aber es gibt keine Katastrophenstimmung.« Entscheidend dafür sei die gute Netzwerkarbeit der Haupt- und der unzähligen Ehrenamtler, von denen »alleine in Husum 500 aktiv sind.«

Bezüglich des Arbeitsmarktzugangs plane der Kreis, spätestens zum 1. Dezember acht Sozialpädagogen in allen Funktionsräumen zu installieren, die als Fallmanager nur für die Asylbewerber tätig sein sollen.

Auch die Bundesagentur für Arbeit (BA) habe spezielle Maßnahmen ergriffen, berichtete deren Migrationsbeauftragte Susanne Bommaris. Die zunächst für das Profiling in den Erstaufnahmeeinrichtungen vorgesehene Mitarbeiter würden nun »early intervention«-Veranstaltungen vor Ort durchführen, und in Zusammenarbeit

mit der Handwerkskammer gebe es spezielle Projekte für Jugendliche. Und künftig könne die BA auch zweimonatige Sprachkurse finanzieren. Damit allerdings sprach sie ein Dilemma von vielen an. Denn die Kriterien, um mit öffentlichen Mitteln Deutschunterricht zu geben, seien extrem streng, entsprechend qualifizierte Pädagogen daher rar.

Hier sei die Politik gefordert, sah die Landtagsabgeordnete und flüchtlingspolitische Sprecherin der CDU, Astrid Damerow für dieses Problem eine Lösungsmöglichkeit in einer zusätzlichen Qualifizierung analog den DAZ-Normen, um zum Beispiel pensionierte Lehrer zu gewinnen.

Schwieriger sei hingegen zu beantworten, wie die Vorrangprüfung zu entbürokratisieren sei. Zurzeit müssen interessierte Arbeitgeber nicht nur nachweisen, dass es keine geeigneten Bewerber aus EU-Ländern oder Deutschland gibt, sondern sie müssen auch den ortsüblichen Tarif zahlen, wenn dieser über dem Mindestlohn liegt. Eine Subventionierung der Differenz lehnte Damerow ab.

Asylverfahren beschleunigen, Kriterien für Deutschlehrer senken, Arbeitsverfahren erleichtern, praktikable Regeln zur Prüfung und Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen – aus Sicht der Wirtschaft bleibt eine Menge zu tun, damit Integration nachhaltig gelingen kann. Und Schmitz dürfte vielen aus der Seele gesprochen haben, als er vorschlug: »Auch ohne Flüchtlinge sind wir so was von überreguliert. Vielleicht kann man die Situation jetzt nutzen, um da mal rein Schiff zu machen.«